Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 209 (1936)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik.

(1. Juli 1934 bis 30. Juni 1935.)

Trotzdem wir das vergangene Jahr als ein Jahr furchtbarer Rüstungen bewerten müssen, haben wir doch den Eindruck, die Politiker wüßten, wie unsicher und wie ungeheuer gefährlich ein Versuch zu gewaltsamen Konfliktlösungen sei. Und darum läßt sich schwer daran glauben, daß die großen Mächte bereit seien, übereinander herzufallen. Diese Sachlage garantiert für die nächsten Jahre den Frieden wenigstens in Europa, wie unheimlich auch der Zustand gerade auf unserm Kontinent geworden sei.

Italien freilich scheint eine Ausnahme machen zu wollen. Es bereitet sich auf einen Angriff in **Abessinien** vor. „Wir haben alte und neue Rechnungen zu begleichen", sagte sein Chef Mussolini in einer seiner Reden. Er dachte dabei an die italienische Niederlage vom 1. März 1896 zu Adua. Die neuen Rechnungen sind entstanden durch allerlei Zwischenfälle, wie ein abessinischer Überfall auf ein italienisches Konsulat in Gondar oder eine Schießerei wegen der Oase von Ual-Ual. Einen Krieg müßte Italien deswegen so wenig führen wie der Grenzfestsetzung in Somaliland wegen. Aber das aufstrebende italienische Reich verlangt nach Rechten über Äthiopien. Nach einem Protektorat, wie Frankreich ein solches in Tunis und Marokko ausübt. Italienische Beamte sollen in der äthiopischen Hauptstadt Addis-Abeba residieren und mitregieren helfen, und aus der Mitregierung würde sich bald einmal die italienische Oberherrschaft ergeben. Seit fast einem halben Jahre befördert die italienische Flotte Soldaten und Arbeiter, Proviant und Material nach den beiden Kolonien Erythrea und Somaliland. Chinesische Kulis werden angeworben, um die Vorbereitungen für die Aktion zu beschleunigen. Es werden von den Küsten bis an die abessinische Grenze eine Reihe von Autostraßen angelegt, damit der Nachschub gesichert sei. Die Erfahrungen von früher sollen sich nicht wiederholen. Man will hundertprozentig gerüstet sein.

Abessinien hat den Völkerbund angerufen, und in Genf wurde eine Formel gefunden, wonach die beiden Mächte ihren Konflikt durch ein Schiedsgericht erledigen sollen. Dieses Gericht tagte im Haag und beriet über den Fall von Ual-Ual, nicht aber über die viel wichtigern italienischen Ansprüche. Auch die Abessinier setzen sich in Kriegsbereitschaft. Sie bereiten einen Guerillakrieg vor und rechnen damit, daß die Kriegsmaschinen gegen die Krieger in Büschen und Felsenklüften ohnmächtig seien. Waffen und Munition bekommen sie sicher; was ihnen die Engländer nicht liefern, das werden die Japaner bringen, die im Reiche des Negus gewaltige Ländereien zur Entwicklung von Baumwollkulturen erworben haben und ihre nicht wenigen Einwanderer zu schützen suchen werden.

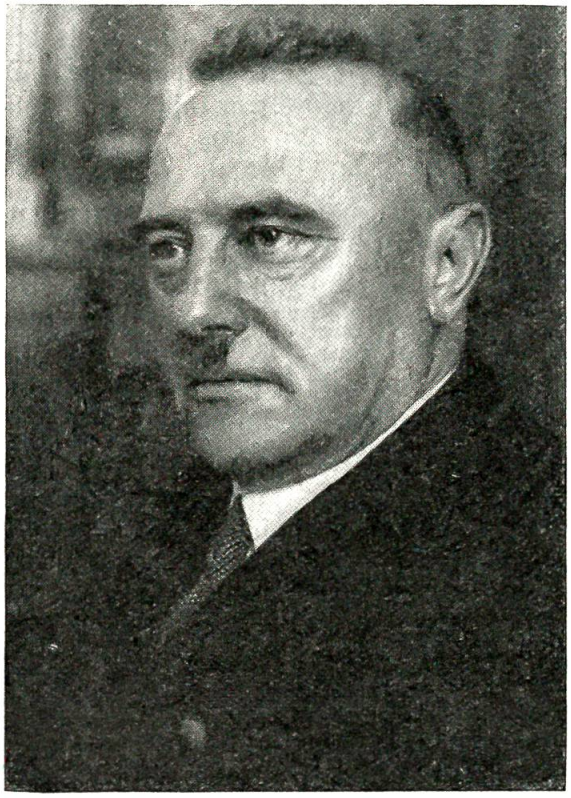
Die Gründe für das gefährliche italienische Unterfangen muß man in der Politik

Frankreichs suchen. Frankreich glaubte um die vergangene Jahreswende, die volle Ernte seiner Bündnispolitik in die Scheune bringen zu können. An einer großen Konferenz zwischen Mussolini und dem damaligen französischen Außenminister Laval in Rom kam der sogenannte „lateinische Ausgleich" zustande. Es schien, als habe man sich geeinigt über all die wichtigen Fragen, die zwischen den beiden Staaten schwebten und seit langem Unsicherheit über Europa brachten. So wurde der alte Konflikt über die italienischen Ansprüche in Tunis ins reine gebracht. Einige Oasen kamen zu Italienisch Lybien. Ein Grenzstreifen erweiterte die Kolonie Erythrea. Und, so hieß es, Frankreich werde Italiens Ansprüche im Lande des Negus unterstützen. Dafür sollte Italien sich mit Frankreichs Verbündeten im Donauraum, vor allem mit Jugoslawien, vertragen, und gemeinsam mit der „Kleinen Entente" und dem „Balkanbund" wollten Franzosen und Italiener die österreichische Unabhängigkeit gegen die Einbrüche der deutschen Nationalsozialisten schützen und die Ungarn und Bulgaren veranlassen, in das große südöstliche Friedenssystem einzutreten.

Frankreich hat seither wenig Freude an seinem neuen Freunde gehabt. Kaum wurde die abessinische Frage ernster, als auch schon italienische Drohungen laut wurden, den Völkerbund zu verlassen. Damit aber würde die Grundlage des ganzen Bündnissystems erschüttert. Mussolini

setzt auch sein altes Spiel fort, mit Berlin zu liebäugeln, sobald die Franzosen ihm nicht alles bewilligen, was er eben gerade wünscht. Aus diesem Grunde schwankt man in Paris und weiß nicht recht, ob man sich vor allem nach Rom oder nach London oder am Ende nach Moskau orientieren soll. Am liebsten möchte man Italien, England und Rußland als Verbündete haben und behalten. Es fragt sich nur, ob man alle drei haben kann!

Ein „Sicherheitspakt" mit bestimmten militärischen Abmachungen, die vielleicht nicht einmal alle öffentlich bekanntgegeben wurden, besteht mit Rußland. Der Besuch Lavals in Moskau wurde zu einer gewaltigen Kundgebung für die Zusammenarbeit beider Staaten. Seit dem Datum dieser Allianz, die gleich nach dem lateinischen Ausgleich abgeschlossen wurde, haben sich auch in Frankreichs innenpolitischen Verhältnissen große Wandlungen vollzogen. Die Kommunisten sind plötzlich zu Befürwortern der französischen Landesverteidigung geworden, und zwar direkt auf Befehl Moskaus! Gleichfalls auf Befehl der Dritten Internationale stellten sie den Kampf gegen die Sozialisten ein. Es ist nur eine Frage der Zeit, ob auch diese Partei für die Aufrüstung kämpft. Sodann sucht die „Einheitsfront" beider Parteien, die Radikalsozialisten zu sich herüberzuziehen und womöglich die Regierung an sich zu reißen. Vorläufig aber unterstützt der rechte Flügel der Radikalen unter Herriot die wechselnden Regierungen der Mitte. Dem zurzeit regierenden Laval wurden vom Parlament Vollmachten gegeben, um den Franc zu verteidigen und die Staatsfinanzen zu sanieren; daneben will Laval die Wirtschaft ankurbeln. Er weiß genau, daß nur in einer weiter sinkenden wirtschaftlichen Lage die faschistische Bewegung und ihr Gegenstück, der Kommunismus, gedeihen.



Rudolf Minger
Bundespräsident für das Jahr 1935.
Photopreß Zürich.

Einen schweren Verlust erlitt das Land durch die Ermordung des Außenministers Barthou, der mit dem jugoslawischen König Alexander in Marseille unter den Kugeln kroatischer und mazedonischer Terroristen fiel. Der Tod Poincarés gab Frankreich Gelegenheit, sich an Zeiten zu erinnern, da seine Existenz auf dem Spiel stand, und wenn es wahr ist, daß der Geist eines Toten in die Gegenwart hinein wirkt, so könnte man sagen, daß Frankreichs Verteidigungswille seit dem Hinscheiden Poincarés unheimlich erstarkte.

Die verschiedenen Wendungen in der französischen Außenpolitik sind vor allem auch im Zusammenhang mit **England** zu verstehen. Die Pariser Regierungen bestrebten sich aufs lebhafteste, England zu einer schärfern Teilnahme an der Isolierung des nationalistischen Deutschland zu bewegen. Aber Großbritannien hat sein eigenes Tempo und seine eigenen Überlegungen. Es blickt mit großer Sorge in ferne Weltteile, wo seine Herrschaft in Frage steht, und es hat nur den einen, brennenden Wunsch, die europäischen Staaten zur Ruhe zu bringen. Ob diese Staaten sich faschistisch oder kommunistisch regieren, ist ihm weniger wichtig, als daß sie den Frieden bewahren. England will daher um jeden Preis Deutschland in den Völkerbund zurückführen. Es soll nicht übermächtig werden, aber auch nicht verfehmt sein. Der britische Gedanke ist einfach:

Man soll dem Reiche Konzessionen machen, dann wird es auch seinerseits Ansprüche aufgeben. Wenn es eigenmächtig und bedrohlich auftritt, hat es England gegen sich. Wenn es aber Friedensgarantien gibt, dann findet es Englands Unterstützung. Es wird in anderm Zusammenhang die Rede sein vom Wechselspiel der deutsch-britischen Beziehungen.

Im Innern hat England ein ruhiges Jahr zu verzeichnen. Die öffentlichen und privaten Finanzen kommen durchgehends ins Gleichgewicht; die Zahl der Arbeitslosen sinkt weiter, und die Unbeschäftigten werden zum Heil des Inlandsmarktes ausreichend unterstützt.

Mit **Irland** steht ein Ausgleich bevor. Einflußreiche britische Kreise manöverieren den Regierungschef der grünen Insel, De Valera, geschickt einer Situation entgegen, die ihn zwingen wird, engere finanzielle und wirtschaftliche Beziehungen zum Hauptlande zu knüpfen. Auch die wirtschaftliche Besserung trägt dazu bei, daß die alten romantischen Unabhängigkeitsideen eine lebensmögliche Form annehmen. Es ist vielleicht den Iren auch aufgegangen, daß London und ganz England nicht umsonst mit beispielloser Begeisterung das Königsjubiläum gefeiert haben, und daß doch etwas sei um das „Empire", in dessen sicherem Schutz man einstweilen noch gedeiht, während ein möglicher Umsturz der Verhältnisse auch die Insel in wer weiß welche Gefahren stürzen könnte.

Wie schon gesagt, ist es das **Deutsche Reich,** das im letzten Jahre den Briten die größten Gedanken machte, von fernern Gewitterwolken abgesehen. Im „Dritten Reiche" fand eine Konsolidierung der nationalsozialistischen Macht und eine Krönung der äußern Position des Führers Hitler statt, die der Welt bewies, wie wuchtig eigentlich der Stoß der neuen Bewegung gewesen, und vor allem, wie entschlossen die Diktatur sei, sich an der Macht zu behaupten und ihre Ziele durchzusetzen. Am 30. Juni 1934 wurde durch eine Massenexekution die Opposition in den SA gebrochen, bevor es zu einer richtigen Aktion der „Zweiten Revolution" kam. Damals verlor das Dritte Reich sehr an moralischem Kredit, vor allem auch in England. Noch mehr wurde das Vertrauen erschüttert, als ein nationalsozialistischer Putsch in Österreich losging. Am Tage dieses Putsches, am 26. Juli, ging die italienische Freundschaft drauf. Aber rasch erholte sich das Regime von dieser Krise. Als kurz danach der greise Reichspräsident Hindenburg starb, wurde Adolf Hitler durch seinen eigenen Willen Präsident und Kanzler in einer Person, und eine Volksbefragung bestätigte ihn mit mehr als 40 Millionen Stimmen unter dem Titel „Reichsführer". Von diesem Tage an begann das Dritte Reich noch aktiver als bisher zu werden. Es schlug die außenpolitische „Durchbruchsschlacht" gegen den französischen Isolierungsplan. Mehr als ein halbes Jahr schien der Erfolg auf französischer Seite zu liegen. Am 13. Januar siegte in der Saarabstimmung gegen sozialistische und teilweise klerikale Opposition die Regierung Hitlers mit mehr als neun Zehnteln aller Stimmen. Gegen Römerabkommen und franko-russische Allianz wurde damit ein nationaler Wille der Deutschen demonstriert, der vor allem den Engländern imponierte. Trotzdem sich die Engländer am 3. Februar mit den Franzosen im Londoner Abkommen einigten, um die Deutschen, wie es schien, zu einem Pakt über die Luftflotten und über die Donauprobleme zu zwingen, zeigte die Reichsregierung ein völlig starres Rückgrat und führte die Verhandlungen mit Zähigkeit und unter Vorbehalten namentlich in bezug auf die deutsche Aktionsfreiheit gegen Osten, das heißt, gegen die baltischen Staaten und Rußland, und war auch in der österreichischen Frage zu keiner Konzession zu bringen.

Am 16. März verkündete plötzlich Hitler die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für das Reich: 12 Armeekorps zu drei Divisionen. Der „Teil V des Versaillervertrags" war damit einseitig gekündigt. Nochmals vermochte Frankreich die Engländer und Italiener an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu bringen, in Stresa, und nach der Konferenz von Stresa erfolgte auch die moralische Verdammung des Reiches durch den Völkerbund. Damals war es auch, daß eine endgültige Donaukonferenz beschlossen wurde, um in Rom Hitlers Unterschrift für die österreichische Unabhängigkeit zu erzwingen. Und damals brachte Frankreich auch seine russische Militärallianz, unter dem

Namen des „Sicherheitspaktes", unter Dach, ohne daß England rebellierte.

Aber seit der Verdammung von Genf erwies sich die „Stresafront" als aktionsunfähig. England will und wollte sich zu keiner entscheidenden Aktion gegen Hitler manöverieren lassen. Im Gegenteil, es will neue Paktabschlüsse nur, falls sie dem Reiche Konzessionen machen. Um den Franzosen das Gesetz des Handelns zu diktieren, hat die britische Regierung im Londoner Flottenvertrag den Deutschen den Bau einer Kriegsflotte erlaubt, die 35 % der gesamtbritischen betragen darf. Das Echo, das Paris und Rom hören ließen, bewies, daß es im Grunde ein Zusammenarbeiten der Westmächte nicht gibt. Das Ansehen des Dritten Reiches ist mit einem Schlage gewaltig gestiegen.

Die nächsten Chancen werden sich zeigen, falls wirklich das abessinische Abenteuer Mussolinis beginnen sollte. Die deutschen Kolonialansprüche, das unerledigte Problem Österreich, die Grenze gegen Litauen werden Objekte sein, die man England oder Italien oder auch Frankreich gegenüber ausspielt. Man hofft, daß alle andern Mächte kommen und ihre Angebote machen werden, um die deutsche Freundschaft zu gewinnen.

Alte Einsiedlertracht.
Tuggener-Photo, Zürich.

Wirtschaftlich steht das Reich in einer merkwürdigen Lage. Die Rüstungsindustrie hat vielen Arbeitern Beschäftigung gebracht. Aber auch die neue Autoindustrie zeigt eine gewaltige Zunahme der Produktion und des Absatzes im eigenen Lande wie jenseits der Grenzen. Neue Handelsabkommen mit fremden Staaten, wie z. B. südamerikanischen, bezeugen, daß seit einem halben Jahre auch die wirtschaftliche Isolierung zu weichen beginnt. Schon zeigt sich wieder ein erstmaliger Ausfuhrüberschuß, und damit würde auch die Devisennot zum Schwinden kommen. Das Ausland war sehr verwundert über die Finanzierung der Rüstungen und begriff nicht, woher die Regierung das Geld nehme, bis der „Wirtschaftsdiktator" Schacht selbst erklärte, die unbeschränkte Ausgabe von sogenannten „Arbeitsbeschaffungswechseln" sei mit Inflationsgefahr verbunden. Denn diese Wechsel können nicht einfach bei den Banken liegen bleiben. Sie fangen zum Teil an, wie Banknoten als Zahlungsmittel umzulaufen. Eine solche Inflation würde preistreibend wirken. Die sehr gedrückten Löhne und Einkommen aber wirken preisdrückend. Tendenzen haben sich bisher die Waage gehalten. Bei den steigenden Sparguthaben wird wahr-

scheinlich bald einmal eine große Reichsanleihe gezeichnet werden, um die kurzfristigen Wechselschulden in eine feste Gesamtschuld umzuwandeln, so daß auch diese Gefahr gebannt wäre.

Innenpolitisch kämpft die „Gestapo" (die „Geheime Staatspolizei) immer noch mit der illegalen kommunistischen Bewegung, ebenso mit der „nationalbolschewistischen schwarzen Front" Otto Straßers, der in Prag lebt. Von anderer Art ist die kirchlich-protestantische Gegnerschaft, welche sich nicht gegen den Staat, sondern vor allem gegen das sogenannte „Neuheidentum" richtet, dem die nationalsozialistischen Führer mehr oder weniger nahestehen. Eine Zeitlang schien es, als ob die „Bekenntniskirche" regelrecht als Opposition gekennzeichnet und verfolgt werden solle; verschiedene Geistliche wurden in Konzentrationslager gesteckt. Auch die katholische Kirche steht auf gespanntem Fuß mit verschiedenen politischen Instanzen.

Völlig einig mit der Regierung und in unversöhnlichem Gegensatz zum Nationalsozialismus jedoch steht der Katholizismus in **Österreich,** namentlich seit dem schon erwähnten Putsch vom 26. Juli 1934. An diesem Tage wurde der Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordet und ein Bürgerkrieg eingeleitet, der unter blutigen Opfern durch die gefechtsbereiten Regierungstruppen beendet wurde. Für den Fall eines Sieges der Putschisten standen an der Südgrenze mehrere italienische Armeekorps marschbereit. Die Kriegsgefahr, der Zusammenstoß zwischen Reichstruppen und Italienern auf österreichischem Boden, schien sehr nahe. Nach der Niederlage der Rebellen verurteilten die Kriegsgerichte eine nicht geringe Zahl von Aufständischen zum Tode; die Galgen erschreckten das Land mehr noch als im Februar vorher. Seither amtet die Regierung Schuschnigg-Starhemberg über ein Land, in welchem viel untergründiger Haß auf Rache wartet, während die „Vaterländische Front" die Staatstreuen sammelt und, soweit es geht, bei den Unterlegenen neuen Anhang wirbt. Die wirtschaftliche Lage, unter der vor allem die Bauern leiden, aber auch die Industriestädte, macht die Versöhnungsarbeit schwer.

Daß die nationalsozialistische Propaganda noch lange nicht am Ende ihrer Erfolge steht, auch in Österreich nicht, das ließ sich im Frühjahr 1935 am Beispiel der **Tschechoslowakei** lernen; hier rieb in den Parlamentswahlen die hitlergeschworne „sudetendeutsche" Partei unter Führung des Herrn Henlein die übrigen deutschen Parteien, auch die sozialistische, fast völlig auf. Ja, sie überholte an Zahl sogar die stärkste tschechische Regierungspartei. Im übrigen gab Henlein eine Loyalitätserklärung gegenüber dem Staat ab und versprach der Regierung Malypetr eine anständige Opposition. Der Staat, der den 80. Geburtstag seines Begründers Masaryk feierte, gedeiht im übrigen unter seiner vernünftigen Wirtschaftspolitik, hält am Bündnis mit Frankreich fest und hat einen besondern Sicherheitspakt mit Rußland abgeschlossen. Auch seine Kommunisten werden nun Nationalisten! Wie sonderbar!

Polen hat seinen Begründer, den Marschall Pilsudski, zu Grabe getragen. An seiner Bahre sozusagen warben die beiden Parteien, die sich um die Freundschaft Polens bemühen, Frankreich und Deutschland, um die Sympathien seiner Nachfolger. Für Frankreich scheint Polen verloren, vor allem, seit Rußland in den Völkerbund eingetreten und militärischer Alliierter der Franzosen geworden. Ob es aber damit eigentlich Deutschlands Verbündeter werden müsse, steht nicht fest. Es weigert sich, einen Ostpakt zu unterzeichnen, welcher entweder Rußland oder aber Deutschland den Durchmarsch erlauben würde, um einen „Angreifer" zu bekriegen. Die polnische Sorge versteht jeder, der weiß, daß sein Gebiet zwischen 14 und 18 einen der furchtbarsten Kriegsschauplätze bildete. Es möchte weder den einen noch den andern Nachbar je wieder an der Weichsel Fuß fassen lassen.

Dagegen schickt sich **Litauen** zu einem „Sicherheitspakt" mit den Russen an. Es hat im vergangenen Jahr den nationalsozialistischen Vorstoß im Memelland mit Verhaftungen und einem kriegsgerichtlichen Prozeß beantwortet. Vier Todesurteile, gegen die in Deutschland riesiger Protest losging, wurden nicht ausgeführt.

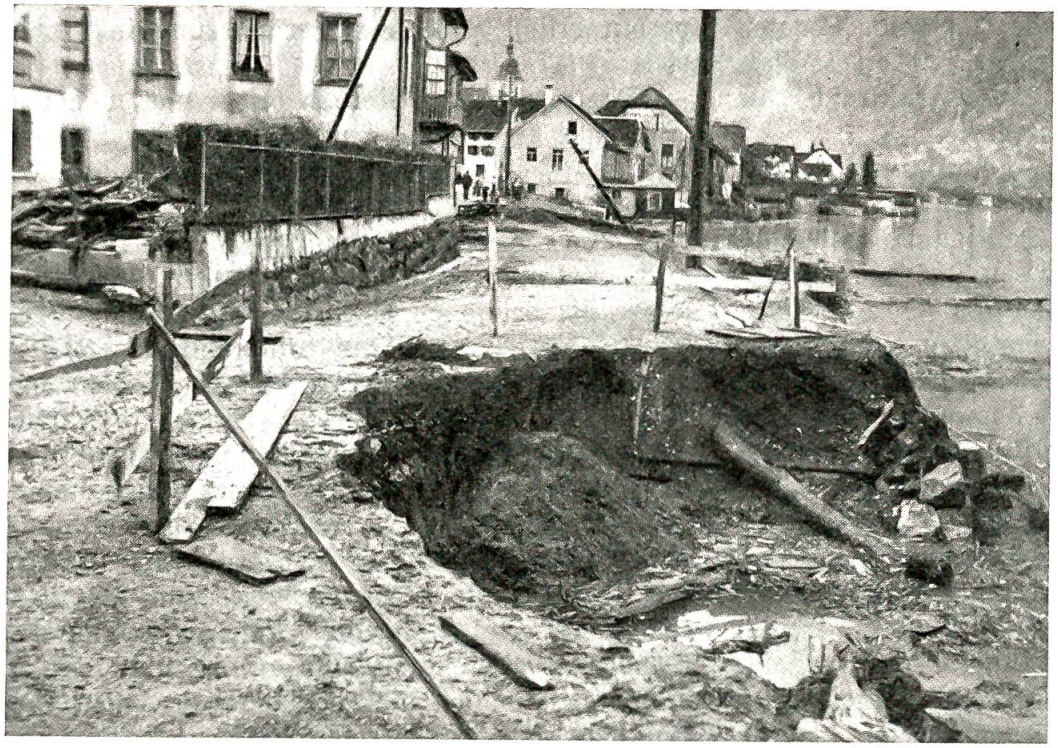
Lettland und **Estland** zittern davor, daß England den Grundsatz des „ungeteilten Friedens" aufgeben, Hitler also freie Hand

gegen Osten gewähren könnte, und beide Staaten sind heute viel bereiter als früher, mit den Sowjets in ein gleiches Bündnis wie Frankreich, die Tschechen und Litauer einzutreten.

In **Rußland** wird die Technisierung weiterhin mit größter Intensität betrieben, und die Furcht vor Japan und Deutschland bedeutet, daß die Technik vor allem in den Dienst der Armee gestellt wird. Am sogenannten „sozialistischen ersten Mai" demonstrierten vor allem die Paraden der Roten Armee, und einige tausend Flugzeuge versicherten die Russen, daß das große Vaterland verteidigt sei. Von den Luftmanövern und dem in Rußland so beliebten Massenabsprung der Fallschirmträger haben sich auch die französischen und englischen Minister imponieren lassen. Daß Moskau sich inzwischen zu einer direkt amerikanisch anmutenden Stadt entwickelt, freilich mit einer frischern Bevölkerung, bezeugen zahlreiche Reisende. Es bekommt eine Untergrundbahn von überraschender Großartigkeit; der erste Teil ist schon beendet. Die Bevölkerung scheint in einen wirtschaftlichen Enthusiasmus zu geraten und alles optimistisch zu sehen und zu betreiben. Nur eins wird vermieden: Politik. Die kommunistische Opposition, die in Petersburg eine Verschwörung betrieb und den Kommissär Kirow ermordete, erfuhr, wie brutal die rasch wieder eingesetzte „Tscheka" handle: knall auf Fall wurden die Schuldigen erschossen. Man weiß nicht, ob die ersten 66 auch alle Opfer waren. Daneben wurde mit den verschiedenen alten Bolschewiki aufgeräumt und jüngst auch ihr Klub verboten. Eine Anzahl frühster Genossen Lenins sitzen in der Verbannung. Stalin macht die kommunistische Partei immer bedeutungsloser, während der „Staatskern" in die Armee verlegt wird, der all die industriellen und landwirtschaftlichen „Stoßbrigaden" schließlich dienen. Der Gesamteindruck lautet: Rußland konsolidiert sich; die Revolution ist völlig beendet; die kommunistische Internationale dient nur noch dazu, mißliebigen ausländischen Staaten Schwierigkeiten zu bereiten; ihr Zusammenhang mit Rußland schwindet; ihrem Charakter nach paßt sie nicht mehr in einen Staat hinein, der nur noch ans Wirtschaften und an die Verteidigung der Wirtschaft denkt. Die Spötter sagen: „Rußland verbürgerlicht." Welche Veränderung in kurzer Zeit: 1917—1935!

Der europäische Norden bildet nach wie vor eine Oase der Ruhe. Einzig **Finnland** zeigt von Zeit zu Zeit ein Aufflackern seiner „Lappo"-Bewegung. **Schweden** besitzt eine hundertprozentig beschäftigte Industrie — darunter freilich auch Rüstungsindustrie — und eine Bauernschaft, die bei festen Preisen gedeiht. Das Vertrauen des Landes zur sozialistisch-bäuerlichen Regierung ergab sich bei den letzten Wahlen, die den beiden Parteien starken Zuwachs brachten. Das schwedische Beispiel wirkte sich in **Norwegen** aus, das heute auch unter einer sogenannten „roten" Regierung Nygaardsvold mit ganz ähnlichem Programm wie Schweden segelt. Die Regierung **Dänemarks** hat es am schwersten und greift zum Bau eines Nord-Ostsee-Kanals, um die Arbeitslosigkeit nicht einreißen zu lassen; desgleichen wollen die dortigen regierenden Sozialisten und Radikalen wieder Kriegsschiffe bauen. **Belgien** betreibt seit dem Sturz der Belga eine der schwedischen nahe verwandte Politik.

Unruhiger ist der europäische Süden. **Griechenland** verzeichnet den Aufstand der Partei Venizelos', der einige Tage Kreta beherrschte und in Thrazien Fuß gefaßt hatte. Nach dem Zusammenbruch des Abenteuers, für das einige Unterführer mit dem Tode büßten, während der alte Kreter nach Frankreich entwich, wandelt das Land wieder der Monarchie entgegen. **Jugoslawien** baut seine Diktatur ab. Die kroatische Opposition Matscheks hat die Befürworter des bisherigen Kurses an die Wand gedrängt. Das Kabinett Stoyadinowitsch bereitet die Wandlung vor. Der Tod des Königs Alexander zeigte, daß nur ein ganz geringer Teil der Kroaten mit den Mördern einig sei. Das machte die Belgrader Kreise unter dem Prinzregenten Paul geneigt, einen Ausgleich zu suchen. Außenpolitisch folgt das Land naturgemäß den Wegen Frankreichs, ergriff aber beim Attentat von Marseille selbst die Initiative, um den Terroristensitz in **Ungarn** auszuräuchern. Der Völkerbund mußte zwischen den beiden Staaten vermitteln, und Jugoslawien nahm die in der ersten Empörung ausgewiesenen unschuldigen Ungarn wieder bei sich auf.



Verwüstungen des Unwetters in Arth am See.
Photo Blau, H. Niedecken, Weggis.

der Bergwerke regelrecht bewaffnet hatten und wochenlang ihre „sozialistische Republik" gegen Artillerie, Flugzeuge und Kriegsschiffe mit allen Mitteln verteidigten. Noch in der Gegenwart amtet in Oviedo ein militärischer Gouverneur, und in den Orten der Oktoberkämpfe, Mieres, Oviedo, Gijon usw., herrscht der im übrigen Spanien aufgehobene Belagerungszustand fort. Die Verhinderung der Agrarreform durch die gemäßigten Bürgerlichen und der Verrat der Republik an ihre grimmigsten Gegner hatte sich rächen müssen. Die Urteile der Kriegsgerichte, die einige Dutzend Hinrichtungen verfügten, aber nicht alle vollzogen, verbessern die Lage nicht. Die Regierung Lerroux hat einen schweren Stand zwischen der Rechten des Gil Robles, für welchen sie die Kastanien aus dem Feuer holte und der auch die Todesurteile mit Gewalt haben wollte, und der eigenen Partei, die zur Milde rät, damit nicht die rote Welle weiter wachse und Spanien am Ende nur noch die Wahl zwischen Sowjets oder Kuttenherrschaft bleibe.

Bulgarien ließ die flüchtigen griechischen Rebellen bei sich ein und machte Miene, sich eines Stückes der Küste zu bemächtigen, wurde aber durch die türkischen Bewegungen an jeder Unvorsichtigkeit verhindert. Im übrigen kontingentieren die Bulgaren ihre berühmten Rosenzuchten, damit nicht die Bauern am Rosenüberfluß zugrunde gehen. Überall dasselbe. Die Bulgaren haben zuviel Rosen, die Schweizer zuviel Milch und zuviel Schweine — und doch gibt es noch Leute, die Rosenöl oder auch nur Milch oder Speck brauchen könnten.

Rumänien hat ein ruhiges Jahr hinter sich und strebt vor allem nach Verbesserung seiner Handelsposition, wünscht im übrigen nur, daß der allgemeine Ostpakt käme. **Albanien** wies eine kurzdauernde Revolte gegen den König Zogu auf. Die **Türkei** will die Dardanellen wieder befestigen.

Spanien erlebte am 6. Oktober den Ausbruch der Revolution; es wurde die katalonische Republik ausgerufen und innert 11 Stunden wieder erledigt. Zu einem erbitterten Kriege jedoch führte die Bewegung in **Asturien,** wo sich die Arbeiter

Außerhalb Europas fesselt am meisten Ostasien. Die Auflösung des **Chinesischen Reiches** schreitet rasch weiter. Der eigentlichen Regierung in Nangking ist wenig mehr übrig geblieben als das Tal des Yang-Tse-Kiang, und auch dieser Teil nur in den meernähern Gegenden. Kanton gebärdet sich völlig unabhängig. In den Gebirgsprovinzen und auf weiten Strecken zwischen Nanking und Kanton herrschen teils räuberische Generäle ohne Partei, teils die chinesischen Sowjets, die aber wenig Zusammenhang unter sich haben, wenn sie sich auch von Zeit zu Zeit bemerkbar machen und mit wechselndem Glück den Nangkinger Truppen Gefechte liefern.

Den Norden des Landes aber nehmen die Japaner in Besitz. Das **Japanische Reich** hat sich überzeugt, daß die europäischen Mächte, beherrscht von Angst, jeder gelähmt durch den andern, nichts tun werden, um sich der Eroberung Chinas zu widersetzen. Darum hat Japan den Washingtoner Flottenvertrag gekündigt und ein neues Bauprogramm in Angriff genommen. Inzwischen vernimmt man, daß wieder ein Stück des „himmlischen Reiches", die 40-Millionenprovinz Hopei mit Tientsin und der alten Hauptstadt Peking, von Militärs des Mikado besetzt und der Kontrolle Nangkings entzogen wurde. Japan macht es sich sehr einfach. Es unterhandelt gar nicht erst mit der „Zentralregierung". Es schickt auch nicht Regierungsleute, sondern läßt die Militärs machen. Ein General schickt ein Ultimatum. Bis dann und dann ist die chinesische Nationalpartei „Kuomingtang" in Hopei, sind alle japanfeindlichen Vereine aufzulösen, und haben die chinesischen Truppen abzuziehen. Und die chinesischen Lokalbehörden geben nach, demissionieren, werden von Japanfreunden ersetzt. Wie Hopei, wurde auch die mongolische Provinz Tschahar genommen und den Chinesen die weitere Besiedlung des Gebietes untersagt.

Ein Zug entgleist infolge des Unwetters bei Arth am See.
Photo Blau, H. Niedecken, Weggis.

Es war ein weltgeschichtliches Signal, als Japan erklärte, es werde die italienische Besetzung Abessiniens nicht hinnehmen. Das seemächtige England scheint zu begreifen, daß man den Japanern nicht in den Arm fallen dürfe. Sucht doch die japanische Offizierskaste, durch und durch faschistisch, dem eigenen übervölkerten Lande einen Markt, und der eigenen Jugend Posten, wo sie als Herren die Tugenden üben können, die diesem militärischen Kreis über alles gehen: unbeugsame Konsequenz und Disziplin im Dienste des Mikado, der zum „Herrn Asiens" werden soll. Könnten die herrschenden britischen Kreise die Opfer aufbringen, die ein Angriff auf Japan erfordern würde? Opfer, die den japanischen Offizieren selbstverständlich erscheinen! Ein Land, das jedes Jahr einige Erdbeben erlebt, zeitigt seltsame Menschen. Sie erschrecken nicht, wenn wieder eine Insel, wie heuer Formosa, verwüstet wird. Sie streben nur vorwärts...

Fragen wir, ob denn die **Vereinigten Staaten Nordamerikas** die Japaner zu bremsen gedenken? Die gewaltigen Flottenrüstungen und die riesigen Manöver zwischen Hawaii, den Aleuten und den Midlandsinseln scheinen die Vorbereitung für einen Angriff zur See zu sein. Anderseits aber bereiten die U. S. A. die Unabhängigerklärung der Philippinen vor, die zugegebenermaßen leicht eine Beute Japans würden, falls die Amerikaner abzögen. Was soll man glauben? Japan ist der Ansicht, Amerika, das einen „sozialen Kurs" eingeschlagen habe,

sei schwach. Einziger ernsthafter Gegner könnte mit der Zeit Rußland werden, und mit Rußland könnte man sich über die „Teilung Asiens" unterhalten. Haben die Japaner mit ihrer Einschätzung Amerikas recht?

Amerika hat jedenfalls ordentlich mit seinen wirtschaftlichen Problemen zu schaffen. Ein oberster Gerichtsentscheid erklärte in diesem Frühling die „NRA" als verfassungswidrig; der ganze Kurs Roosevelts wurde damit getroffen. Sofort tauchten auch Streikdrohungen von seiten gewaltiger Arbeitermassen auf. In der Verlegenheit beschlossen die Volksvertreter, die Grundsätze der NRA sollten provisorisch ein Jahr weiter gelten, bis man einen verfassungsmäßigen Weg gefunden habe, um der Wirtschaft „Disziplin" beizubringen. Auf die dosierte Inflation hat Roosevelt verzichtet. Dafür arbeitet man an umfassenden Sozialversicherungen. Man zweifelt eben daran, ob man die 10—12 Millionen Arbeitsloser jemals wieder voll beschäftigen könne, hat aber eingesehen, daß man ganz gut „einen achten Gast am Tisch haben kann, wenn sich schon sieben satt essen". So denken bekanntlich auch die Engländer.

Im übrigen Amerika interessiert nur, daß endlich zwischen **Paraguay** und **Bolivien** Frieden geschlossen wurde. Nach maßlosen Opfern und Tränen, an welchen nur die Rüstungsindustrie verdiente: betrachtete sie doch den Kampfplatz im Gran Chaco als eine Art „Laboratorium". Unter den südamerikanischen Staaten zeigt **Argentinien** wieder die deutlichsten Zeichen neuer Wirtschaftsblüte: anwachsendes Sparkapital, erhöhte Steuererträge, sichern Staatskredit, gelungene Staatsanleihen.

Vom **Völkerbund,** der diesen Krieg nicht verhinderte und auch Italien nicht von seinem Vorhaben abbringen kann, mag man schon kaum mehr sprechen. Man hat ihm keine Autorität mit auf seinen Weg gegeben, und kleine Staaten appellieren umsonst an ihn, wenn Gefahr über sie kommt. Das wissen auch wir in unserer

Eidgenossenschaft, und darum hat sich im vergangenen Jahre eine wesentliche Wandlung gerade im Hinblick auf die Frage unserer Wehrbereitschaft gezeigt. Die Gewerkschaften bejahen sie nun unbedingt, die Sozialdemokratie hat auch fast ganz geschwenkt. Im vergangenen Februar wurde die eidgenössische Vorlage über die Verlängerung der Rekrutenschulen angenommen. Hier hatten die Sozialisten teilweise ihr Wehrbekenntnis widerrufen. Sie wollen es überhaupt an gewisse Fragen knüpfen, wollen den Staat nur dann unbedingt verteidigen, wenn er eine Demokratie bleibe, und nur, wenn diese Demokratie einen sozialen Kurs beibehalte, das heißt, wenn das Einkommen der Lohnarbeitenden und die sozialen Sicherungen für Arbeitslose gestützt bleiben.

Am 2. Juni wurde über die von 335,000 Unterschriften begleitete „Arbeitsbeschaffungsinitiative" abgestimmt. Es hätte eine Verfassungsänderung geschaffen werden sollen, die nicht mehr und nicht weniger als die „Garantie einer ausreichenden Existenz für jeden Bürger" vorsah. Diese „Existenzgarantie" sollte durch Garantie der Löhne und vollkommenen Preisschutz, aber auch durch staatliche Arbeitsbeschaffung und Entschuldung der Kleinbauern erreicht werden. Vor allem die Notwendigkeit, neue Schulden machen zu müssen, schreckte den Bundesrat ab, und er empfahl eindringlich die Verwerfung des Begehrens. 560,000 Bürger verwarfen denn auch gegen 420,000 Annehmende. Freilich sind ganze verwerfende Parteien für den Preisschutz und gegen den Lohnabbau, weil es überall dämmert, daß unser Inlandsmarkt der wichtigste unter allen Märkten sei.

Die Frage der öffentlichen Finanzen wurde im letzten Jahr akut, als es sich zeigte, daß Bund, Kantone und Gemeinden fast durchwegs Defizite aufwiesen, und daß sich die Bundesbahnen mit jeder Woche um eine Million Franken höher verschuldeten. Zu den acht Milliarden öffentlicher Schulden können, wenn es so weiter geht, mit Leichtigkeit jedes Jahr eine Fünftelmilliarde neuer kommen. Diese Sachlage bewog Bundesrat Schultheß, der lange Jahre redlich die landwirtschaftlichen Preise hatte stützen helfen, sich der Parole der Exportindustrie zuzuwenden, die nur in der Wiederherstellung der Ausfuhr das Heil sieht und darum auch einen tüchtigen Preisabbau verlangt. Seine berühmte Aarauer-Rede aber weckte so viele Widerstände, daß

er abdankte. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte an seine Stelle Herrn Obrecht, dem man weltmännische Weite und geraden Charakter nachrühmt, Eigenschaften, die ihm rasch die Sympathien auch in gegnerischen Kreisen gewonnen haben.

Im Zuge der Finanzsanierung betonen die Gegner des Abbaus immer wieder, daß fast die gleiche Schuldenlast anno 1929 sehr wohl tragbar war, und zwar, weil damals die Wirtschaft florierte. Sie verwerfen darum einen Abbau, der die inländischen Steuerquellen verschüttet und zudem das Gewicht der Schulden noch erhöht. Die Wege, die beschritten werden sollen, liegen noch nicht klar. Das „Verkehrsteilungsgesetz", das die Bahnen gegen die Konkurrenz der Autos schützen sollte, wurde vom Volke verworfen. Welches Schicksal die Initiative des „Bundes für Volk und Heimat" zur Entstaatlichung der Bundesbahnen haben wird, steht noch aus. Dasselbe läßt sich sagen vom Projekt Pilet-Schrafl, das eine Lösung der SBB von der Eidgenossenschaft, Überführung an eine neue Organisation vorsieht und von links vor allem bekämpft wird, weil es die Eisenbahner der bundesbeamtlichen Anstellungsgarantien berauben würde. Die Eisenbahner verlangen vor allem, daß die Obligationäre zuerst, und erst danach die Lohnempfänger Opfer bringen sollen.

Der bekannte Kletterberg „Vreneli" im Berner Oberland ist teilweise zusammengestürzt.
Phot. W. Gabi, Wengen.

Abgesehen von den Uhrmachern und Stickern geht es uns verhältnismäßig immer noch gut, und wir wollen froh sein, daß wir langsam lernen, wieviel es auf uns selbst ankommt und wie wir unsere Güter, die wir schaffen, im Lande selbst in Zirkulation setzen! Damit man aber immer auch diese eigenen Güter ausländischer Dumpingware vorziehe, täte eine „verschärfte Schweizerwoche" not...!